



**Udo Rettberg** - PUBLIZIST / JOURNALIST

**Die Erde bebt – 24**

## ***Der Bürger stöhnt***

**Demokratie - welcher deutsche Bürger kennt diesen einst geliebten Zustand noch? Ja klar, all das ist schon etwas länger her. Demokratie und soziale Marktwirtschaft galten in der Vergangenheit als Säulen positiver ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland. Aber – die Zeit rast, die Gesellschaft verändert sich. Prosperität war gestern – es ist kaum mehr etwas geblieben. Die Freiheit steht auf dem Spiel. Menschen müssen nicht nur aufwachen, sondern dauernd wachsam bleiben.** 8.2.2016



Eine Eisbombe – aus Wasser geformt von der Deutsche Bank AG. Rund 2,016 Billionen € haben die Deutschen auf Sparbüchern, Giro-, Tages- und Festgeldkonten gebunkert. Foto: Udo Rettberg

Humanität und Demokratie waren gestern. Die Politik versagt auf fast allen Ebenen. Und dabei werden die Politiker in den Entscheidungszentren in Berlin, New York, London, Paris, Brüssel, Moskau, Ankara und Damaskus gut, ja zum Teil sogar sehr gut bezahlt. Einige Vertreter dieser Spezies zählen in ihren

Ländern sogar zu den „Extriches“, den Superreichen also. Denn Präsidenten, Kanzler und Regierungschefs machen nicht selten Politik vor allem für sich selbst, für ihr eigenes Bankkonto und ihren eigenen Wohlstand. Vladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan gelten als megareiche Politiker – und auch andere

Top-Politiker müssen nicht gerade am Hungertuch nagen.

Und dass Präsidentschaftskandidaten wie Donald Trump und Hillary Clinton über ausreichende Finanzmittel für das allmorgendliche Frühstück verfügen, weiß die Welt auch. Ich denke, dass Donald Trumps Versuch, US-Präsident zu werden, von ihm selbst anfangs eher als Gag und Versuch der Steigerung des eigenen Bekanntheitsgrads (sprich: des Reichtums) gesehen wurde. Inzwischen scheint Trump allerdings der Ehrgeiz gepackt zu haben. Dass Hillary Clinton von einem der Bigones und Extriches – nämlich von Goldman Sachs – für Reden riesige Honorare erhielt, spielt all jenen in die Karten, die Politiker als „Handlanger“ der Superreichen sehen. Es wird Zeit, die Dinge zu ändern.



Glitzernder Luxus – ja das ist die Welt von Donald Trump.  
Foto: Udo Rettberg

**Tod der Demokratie: Attacke gegen die Bürger** - Es fällt mir schwer, in diesen schwierigen Zeiten, meine zugebenermaßen oft wirren Gedanken zu ordnen. An meiner grundsätzlichen Einschätzung hat sich nichts geändert – im Gegenteil: Bürger werden belogen und betrogen. Die Erde bebt, die Menschheit ist verrückt, orientierungslos und hemmungslos. Der Frieden ist ernsthaft in Gefahr. Dort, wo Liebe und Respekt

herrschen sollten, gehen Menschen aufeinander los und schlagen sich im Extremfall die Köpfe nicht nur ein, sondern auch schlichtweg ab. Das Schlimme: Die Masse der Menschen hat nichts mehr zu sagen, sondern wird fremdbestimmt. Sie lässt sich von teils unfähigen Politikern unterdrücken. In der Folge einige Beispiele für das Versagen der Politik.

**Sparguthaben-Verpfändung: Attacke gegen die Bürger** - In der heißen Diskussion über die gemeinsame europäische Einlagenversicherung hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble jetzt eine Nebelkerze gezündet, die sich zu einer Bombe entwickeln könnte. In einem Beitrag für die FAZ hat Schäuble sinngemäß erklärt, die bisher stark umstrittene und heiß diskutierte gemeinsame europäische Einlagenversicherung werde nun wohl doch kommen. Das heißt konkret: Den Banken in der EU stehen die auf Bankkonten hierzulande eingezahlten Spargelder der Deutschen in Höhe von rund 2000 Mrd. € (siehe Titelfoto) als Sicherheit – also als Pfand - zur Verfügung. Wohl dem, der nichts hat.

**Bargeld-Abschaffung: Attacke gegen die Bürger** - Und jetzt denken sie in Berlin und anderenorts auf politischer Ebene noch intensiver darüber nach, Bargeld abzuschaffen. Welche irrsinnige Idee! Denn das Ganze würde sich gegen die Bürger richten. Bargeld ist Freiheit, Plastikkarten-Geld ist staatliche Kontrolle. Es lebe die Freiheit. Wie dumm müssen Politiker eigentlich sein, in der derzeit schwierigen Lage und bei der aktuell miserablen Stimmung im Volke, ein solches Fass in Richtung „Elastic-Money“ oder „Rubber-Money“ aufzumachen? Dass Bundesbank-Chef Weidmann Gegner eines solchen Schrittes ist, mag ein wenig Hoffnung aufkommen lassen. Aber: Die Bigones und Extriches werden ihre Handlanger – die Politiker – im Endeffekt schon lenken. Ich stelle mir die Frage: Bekommen die vielen Flüchtlinge dann auch Plastikkarten, auf die spendenwillige Bürger auf der Straße dann ihre Gabe „beamen“? Liebe Frau Bundeskanzlerin – ich würde mir das wirklich überlegen, und zwar ernsthaft. Denn ansonsten wird Mick Jagger von den Rolling Stones wohl noch sehr lange die bislang eher unbeantwortete Frage

stellen „Angie, Angie - when will those clouds all disappear?“

**Die Kreditblase: Attacke gegen die Bürger** - Nach den Theorien von „Peak-Oil“ und „Peak-Gold“ wird in der Finanzwelt derzeit vor allem über „Peak Debt“ diskutiert – und zwar heiß und lebhaft. Kein Wunder; denn das Kreditvolumen (also die Verschuldung) in der Welt ist von 40 Billionen \$ im Jahr 1994 auf aktuell geschätzt rund 235 Billionen \$ gestiegen, was in etwa einer Versechsfachung entspricht. Das globale BIP – also das die ökonomische Leistung in der Welt messende Bruttoinlandsprodukt – hat sich im gleichen Zeitraum von 28 Billionen Dollar auf rund 79 Billionen \$ erhöht, was einer Steigerung von gerade einmal 183 % entspricht.

**Geldschöpfung: Attacke gegen die Bürger** - Das zeigt, dass Wachstum vor allem über das künstliche System des Fiat-Money kreierte und gespeist wurde. Also über die von Notenbanken initiierte Kreation künstlichen Geldes, das durch nichts hinterlegt ist. So wurden einfach die Geldmengen ausgeweitet und Kredit sowie Verschuldung erhöht. Statistiken zeigen, dass die Bilanzen der Notenbanken im Zeitraum von 1995 bis 2015 um das Zehnfache ausgeweitet worden sind – nämlich von 2,1 Billionen Dollar auf etwa 21 Billionen Dollar. „So also geht Bank heute!“ Ich erinnere mich noch sehr gut an ein Telefonat, das ich mit Dr.

Norbert Walter, dem verstorbenen Ex-Chefökonom der Deutsche Bank, im Jahr 2008 oder 2009 geführt habe. Anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Washington betonte Walter die immensen Risiken, die in der unkontrollierten Ausweitung der Notenbankbilanzen liegen.

**Das Pulver irrsinnig handelnder Notenbanken ist weitgehend verschossen.**

**System-Crash: Attacke gegen die Bürger** - Ich bleibe daher bei meiner Auffassung: Der System-Crash steht bevor. Klar, Regierungen und Notenbanken können das oben beschriebene Szenario der unkontrollierten Schaffung „künstlichen Geldes“ noch verlängern, indem sie z.B. reale Negativzinsen auf der Kreditseite einführen (Bürgern also Geschenke unterbreiten). Dies hatte ich übrigens EZB-Boss Mario Draghi vor vielen Monaten in einem offenen Brief vorgeschlagen. Sollten die Notenbanken ihre in diese Richtung gehenden Weg fortsetzen, könnte der System-Crash weiter hinausgeschoben werden. Man wird aber dadurch lediglich Zeit gewinnen – mehr nicht. Eine wirkliche Lösung haben sich selbst überschätzende Politiker und Notenbanker nicht parat, weil sie eh nur den Befehlen der Superreichen gehorchen.

### **In eigener Sache**

## **Depression ante portas**

Es ist spannend, dass immer mehr Experten bei der Beurteilung der globalen Lage auf meine Seite wechseln. Es kam zuletzt zu einem Stimmungsumschwung bei Experten der Citigroup, der Bank of Scotland und darüber hinaus auch bei David Alan Stockman, einem ehemaligen Vertreter im US-Kabinett, und vielen anderen mehr. „Wir schreiten in Richtung Rezession“, wiederholte Stockman eine von mir seit langem geäußerte Meinung. Dass IWF-Chefin Christine Lagarde bereits länger auf meiner Linie liegt, sei in diesem Kontext nur am Rande erwähnt. Und sieh an: inzwischen sind auch viele andere bisher „bullische“ Banker sehr kritisch, wenn es um die Konjunktur-Zukunft geht.

**Financial repression: Attacke auf die Bürger** - Allerdings – und diese Gefahr ist durchaus real – sind auch bereits in nächster Zeit drastische Eingriffe der Regierungen in das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und finanzielle System im Zuge der „financial repression“ möglich. Ich verstehe unter diesem „hässlichen Begriff“ eine „Umleitung“ von Wohlstand vom Bürger hin

zum Staat. Bürger werden schmerzlich eine vollständige finanzielle Ausbeutung durch den Staat erfahren. Und Bürger sollten sicher sein, dass die Bigones und Extriches in diesem Fall gnädiger als der „kleine Mann auf der Straße“ behandelt werden. Man wird von Seiten der Regierung in Berlin alte Argumente bringen, wonach Defizite nur durch das Einsammeln von Geld bei mehr als 80 Mio.

Bürgern zu beheben sind. Beim kommenden „großen Schritt“ werden die Reichen nur relativ unterdurchschnittlich „beschnitten“ werden.



Auch den meisten Banken – im Bild die Türme der Deutsche Bank AG in Frankfurt - geht es derzeit alles andere als gut. Wen wundert das eigentlich?

Foto: Udo Rettberg

Hier einige wenige der bei der „financial repression“ bestehende Möglichkeiten für Politiker:

1 - Ein sehr beliebtes Mittel dieser „financial repression“ ist eine deutlich höhere Besteuerung auf alle möglichen Dienstleistungen und Werte.

2 - Ein andere Möglichkeit sind Währungsreformen. In Europa wäre das z.B. die Rückkehr zum alten Währungssystem, also die Wiedereinführung der D-Mark. Das alles selbsverständlich zum Schaden der Bürger. Denn der „kleine Mann“ wird letztlich die Zeche zahlen.

3 - Ein drittes Mittel zur Lösung der von Politikern verursachten Malaise sind darüber hinaus staatliche Schuldenschnitte, die dann im Endeffekt auch die Altersvorsorgesysteme treffen würden. Denn die dort liegenden Gelder sind zum größten Teil in Staatsanleihen investiert.

4 - Dass in Deutschland auch eine „Völkerwanderungs-Steuer“ durchaus möglich erscheint, habe ich in der Vergangenheit im Zusammenhang mit den Schäuble-Plänen zur Schaffung einer Benzinststeuer bereits dargelegt.

5 - US-Präsident Barack Obama hat mit seiner Idee zur Kreation einer Rohölsteuer in Höhe von 10 \$ je Barrel bereits eine enorme steuerliche „Innovationskraft“ unter Beweis gestellt.

6 - Wie kreativ in diesem Kontext auch Bundesfinanzminister Schäuble ist, zeigte sich zuletzt, als dieser ankündigte die Spargelder der Deutschen einfach virtuell zu „beschlagnahmen“ und sie als Sicherheit einzusetzen. Ich denke: Das wäre nicht nur eine Schweinerei, sondern schlichtweg ein Diebstahl.

7 - Aus der Krisen-Vergangenheit kennt die Menschheit zum Beispiel auch das Mittel der Zwangshypothek. Dieses Instrumentarium macht Häuslebauer und Immobilienbesitzer zum Wohle des Staates ärmer.

#### **Politik erzeugt Krisen: Attacke gegen Bürger**

- Es ist unverständlich (für mich jedenfalls), dass sich Europa in diesen Tagen selbst verleugnet und vom Zukunftsweg in die Moderne abbringen lässt. Nicht nur das sich zuspitzende Migrations-Chaos ist hierfür ein treffender Beweis. Europa wurde zuletzt auch zum Duckmäuser. Für den Besuch des iranischen Präsidenten Rouhani sollen in Rom angeblich historische Denkmäler abgedeckt worden sein. „Steinerne Nacktheit“ ist offensichtlich für manche weltfremden Politiker wohl zu heiß. Klar - das Verhüllen nackter Statuen hat vielerorts eine lange Tradition, aber ein solch devoter Schritt ist im aktuellen Kultur- und Religionsstreit ein von Europa ausgehendes Signal in die falsche Richtung. Italien und Europa sollten sich schämen.

**Kapitalanlage: Es fällt mir – trotz der über Dekaden hinweg reichenden Erfahrung - schwer, in dieser verworrenen Zeit die ideale und vielversprechende Kapitalanlage-Strategie zu finden. Noch nie zuvor in der jüngeren Geschichte wies das ökonomische, finanzielle und vor allem politische Umfeld aus meiner Sicht so viele**

Fragezeichen und Imponderabilien auf. Schuld daran sind vor allem Politiker, die die Weltwirtschaft in den vergangenen Dekaden ins Verderben geführt haben. Und so denke ich: Durch den Kauf von Puts abgesicherte Aktien-Positionen in Höhe

von 30 % des Gesamtvermögens machen ebenso Sinn wie ein hoher Bargeldanteil (Liquidität) von 35 %. Dass in Krisenzeiten selbstverständlich Gold und Silber ins Depot gehören (Anteil: 35 %) beweist die Vergangenheit.

## **KRIEGSTREIBER-SCHLAGZEILEN**

**Damaskus** – Vladimir Putin und Baschar al-Assad schreiten Schulter an Schulter voran. Gemeinsam mit syrischen Regierungstruppen geht das russische Militär gegen syrische Rebellen vor. Bei Luftangriffen auf Aleppo sterben dabei zahlreiche Menschen.

**Washington** – Barack Obama will zum Ende seiner Amtszeit das Thema „Cybersecurity“ vorantreiben; denn er weiß, dass Kriege in Zukunft wegen der Digitalisierung der Weltwirtschaft nicht zuletzt über die „Cloud“ geführt werden können.

**Ankara** – Über die Türkei kommen weiter unzählige Flüchtlinge nach Europa. Laut UNO sind seit Jahresbeginn 70 000 Flüchtlinge in Griechenland angekommen – viele davon über die Türkei. Angela Merkel drängt das Politik-Team Erdogans bei einem Besuch in Ankara dazu, die EU-Grenzen stärker abzuriegeln. Vielleicht hat sie Erdogan dabei mit den Worten Mut gemacht: „Sie schaffen das!“ Im eigenen Lande war Erdogan zuletzt von politischen Gegnern als „Möchtegern-Diktator“ bezeichnet worden. Das hat ihn mächtig geärgert.

**Ankara** – Träumt Recep Tayyip Erdoğan vom Aufbau eines zweiten Osmanischen Reiches, das sich über Syrien und den Irak in Richtung China erstreckt? Geschichtsforscher sind sich dieser Theorie sicher. US-Vizepräsident Joe Biden hatte 2014 in diesem Kontext erklärt, das Regime in Ankara unterstütze den IS mit riesigen Geldbeträgen und Waffen. Später hatte sich Biden für diese Bemerkung indes entschuldigt.

**Istanbul** – Bei einer heftigen Explosion im Touristenviertel Sultanahmet in der türkischen Metropole kamen zahlreiche Menschen ums Leben. Zudem wurden viele Menschen dabei verletzt.

**Bagdad / Ankara** – Die Existenz türkischer Militärtruppen im Grenzgebiet zum Irak sorgt für Spannung. Die Regierung in Bagdad schließt den Einsatz von Gewalt nicht aus, so die Drohung des irakischen Außenministers Ibrahim al-Dschaafari.

**Ankara / Moskau** – Angeblich haben russische Militärflugzeuge erneut türkischen Luftraum verletzt. Das jedenfalls behauptet die türkische Seite. Dass die Russen allerdings ein solches Vergehen verneinen, überrascht nicht

**Riad** – Zwischen Saudi Arabien und dem Iran hat sich die Situation zuletzt weiter zugespitzt. Geschichtsforscher warnen nach wie vor davor, den negativen Einfluss Saudi Arabiens in der Kriegsregion zu unterschätzen.

**London** – Die internationale Geberkonferenz in London brachte nicht den großen Durchbruch, aber immerhin eine Annäherung in der europäischen Flüchtlingsfrage. Fast 10 Mrd. \$ wurden für notleidende Menschen in Syrien, für Flüchtlinge in der Region sowie für Bildung und den Wiederaufbau in Syrien zur Verfügung gestellt. Allein 6 Mrd. \$ werden in diesem Jahr zur Verfügung gestellt. Ob damit jedoch die breiten Flüchtlingsströme in Richtung des „gelobten Europa“ gestoppt werden können, wird allein die Zukunft zeigen.

**Peking / Washington** – US-Kriegsschiffe haben die VR China provoziert, weil sie sich bis auf die Entfernung von 12 nautischen Meilen einer Inselgruppe im südchinesischen Meer genähert haben sollen, die China als eigenes Staatsgebiet beansprucht.

**Damaskus** – Syrische Oppositionsvertreter haben sich mit Vertretern des Assad-Regimes zu Friedensgesprächen getroffen. Wie erwartet, blieb eine große Friedenslösung allerdings aus. Wen wundert's?

**Stockholm** – Angeblich plant die schwedische Regierung die Ausweisung von bis zu 80 000 abgelehnten Asylbewerbern aus den Krisenregionen des Nahen Ostens und Nordafrikas. So sollen die schwedischen Behörden Medienberichten zufolge bereits entsprechende Anweisungen erhalten haben, Charterflugzeuge für den Rückflug der zahlreichen Flüchtlinge anzumieten. Auch in Deutschland gibt es auf Regierungsseite ganz offensichtlich ähnliche Erwägungen.